



VAdM-Kurier

45. Ausgabe: Mai 2023

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur
45. Ausgabe unseres
„VAdM-Kuriers“
im Mai 2023

Inhalt:

editorial	Seite	1
Polnisches Radio berichtet positiv über uns	Seite	2
Verlagsankündigung	Seite	2
<i>Gesellschaft und Politik</i>	Seite	3
Eliten sind Verräter an ihren Ländern	Seite	3
Opposition gegen Nationalsozialismus in Oberschlesien	Seite	6
<i>Krieg und Friede: Die deutsch-russischen Beziehungen</i>	Seite	10
Bertha von Suttner: Beginn der Haager Friedenskonferenz (Teil 7)	Seite	10
Preußen zwischen Österreich und Rußland (5. Teil)	Seite	12
Die Reichsgründung 1871: Der Südbund zwischen Preußen und Frankreich (Teil 18)	Seite	14
Buchempfehlungen	Seite	16
Reiseziele/Impressum	Seite	18

Bild unten rechts: Impressionen aus der Banater Heide

Ach du mei(n) lieber Gott

**Ach du mein(n) lieber Gott
schenk mer ee(n) Rosenstock
der uff zwee Beener steht
un mit mer tanze geht!**

**Rose und Rosmarin
sinn in meim Gärtche drin,
Brennessel aach dabei;
greif norr net nein(n)!**

Volkslied aus dem Heimatbuch der Galiziendeutschen: *Heimat Galizien im Bild*, Redigiert von Josef Lanz und Rudolf Unterschütz, Stuttgart 1983, S. 84 (siehe Buchtitel rechts).



HEIMAT
GALIZIEN
IM BILD

editorial

Durch die schon notorisch gewordenen Streitigkeiten in der sogenannten Ampel-Koalition im politischen Berlin hat die Bundesregierung sowohl die Inflationsbekämpfung wie die schwächelnde Wirtschaftsentwicklung nicht mehr im Blick behalten.

Seit ein paar Tagen ist es offiziell, daß die Bundesrepublik, aber auch andere Staaten in eine Rezession schlittern. Hierbei hat auch die unsägliche Außenpolitik der westlichen Führungsmacht ihren wesentlichen Beitrag geleistet: Vom Damoklesschwert einer Haushaltssperre bedroht, befeuern die USA auch noch den Konflikt mit dem chinesischen Regime.

Während in der Innenpolitik die Berliner Regierung nichts, aber auch gar nichts an dem prekären Status der Spätaussiedler geändert hat, ist es in der Härtefallregelung für Aussiedler sehr still geworden. Gegen die Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen, der die Migrationswellen von 2015 übertreffen wird, weigern sich die zuständigen Minister eine Grenzkontrolle einzuführen. Dabei hieß es vollmundig: „2015 darf sich nicht wiederholen.“

Vadim Derksen

Herbert Karl



+++ Polnisches Radio berichtet positiv über unsere Arbeit +++

Echter Journalismus und deutsch-polnische Beziehungen

Der Deutschlandkorrespondent des polnischen Radios wnet.fm, Jan Bogatko, berichtet über meine Arbeit für die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen. Im Interview sagte er:

„Aber es ist etwas am 3. Mai passiert, etwas für viele völlig Überraschendes, vor allem für die linke (politische) Seite. Die Partei AfD, die als faschistisch, antipolnisch usw., ... usw. gilt, ist auf die Idee gekommen, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um die Finanzmittel für den Sprachunterricht für die in Deutschland lebenden Polen freizugeben. D. h. für die kleinen Kinder polnischer Emigranten, die in Deutschland leben, sowie auch für die alte Polonia, die hier lebt. Und genau das macht gerade die Partei AfD, und die Partei AfD schreibt in ihrer Pressemitteilung, die vom schulpolitischen Sprecher der Partei, Götz Frömming veröffentlicht wurde, dass dies die polnische Regierung seit langem fordert und dabei Recht hat. Das ist ein sehr gutes Zeichen. Und, die AfD nimmt in den Umfragen zu, weil die linke Regierung in Deutschland sich keiner großen Beliebtheit erfreut.“

Dies berichtet Jan Bogatko, der aufgrund seiner Oppositionstätigkeit vor der kommunistischen Regierung in Polen nach Deutschland floh und hier bei uns 1978 politisches Asyl erhielt.

Ich sage: Wir machen eine Politik zum Wohle der deutschen Kinder in Polen und der polnischen Kinder in Deutschland. Vielen Dank Herr Bogatko für die faire Berichterstattung. Das ist echter Journalismus.

Vollständiges Video:

<https://fb.watch/kz67ZgBLqf/>

Vadim Derksen

Verlagsankündigung

Beschreibung:

Das erste Opfer jedes Krieges ist die Wahrheit – diese Erkenntnis aus dem Ersten Weltkrieg gilt bis heute, denn staatliche Propaganda hat es seitdem in sämtlichen Kriegen gegeben. Dabei sind ihre Strategien trotz der Weiterentwicklung moderner Kommunikationsmittel nahezu identisch geblieben. Während früher den Menschen Information vorenthalten wurde, ist es heute paradoxerweise das massive Überangebot, das ihnen die Wahrheitsfindung erschwert, wie sich nach dem Angriff Rußlands auf die Ukraine gezeigt hat. Zum globalen Problem wird dabei, daß die neutralen Medien anderer Länder Propaganda nicht entlarven und kennzeichnen. Statt Aufklärung zu schaffen, klammern hiesige Journalisten und Politiker alles aus, was manipulieren könnte – und verschleiern damit ihre eigene Inkompetenz.

Christian Hardinghaus klärt umfassend über sämtliche Strategien medialer Manipulation in der Berichterstattung vergangener und heutiger Kriege auf. Und er zeigt, daß sich die Machthabenden selbst in Friedenszeiten manipulativer Kriegsrhetorik bedienen und wie sie ganz leicht mit Hilfe wissenschaftlich erarbeiteter Tips und Tricks entlarvt werden könnten.

Dr. phil. Christian Hardinghaus, geb. 1978 in Osnabrück, promovierte nach seinem Magisterstudium der Geschichte, Literatur- und Medienwissenschaft (Film und TV) an der Universität Osnabrück im Bereich Propaganda- und Antisemitismusforschung und schloß danach ein Studium des gymnasialen Lehramtes mit dem Master of Education in der Fachkombination Geschichte/Deutsch ab. Seine historischen Schwerpunkte liegen in der Erforschung des NS-Systems und des Zweiten Weltkriegs. Er ist außerdem schulisch ausgebildeter Fachjournalist und arbeitet als Lektor, Autor und beratender Historiker. Seine Artikel erscheinen in zahlreichen regionalen und überregionalen Zeitungen und Magazinen. Er veröffentlicht sowohl Sachbücher als auch Romane.

Artikelnummer: 96532

ISBN / EAN: 9783958905634

24,00 €

Erscheint laut Verlag 02.06.2023

<https://jf-buchdienst.de/Neuheiten/Kriegspropaganda-und-Medienmanipulation.html>



Gesellschaft und Politik

Alfred de Zayas: „Europäische Eliten sind Verräter an ihren eigenen Ländern“

Alfred de Zayas im Gespräch mit Unser-Mitteuropa

23. 04. 2023

Zum Autor: Alfred de Zayas ist Professor für Recht an der Genfer Hochschule für Diplomatie und diente von 2012 – 2018 als unabhängiger UN-Experte für die internationale Ordnung. Er ist der Autor von zahlreichen Büchern, darunter seine letzte Trilogie erschienen bei Clarity Press, 2021.

Unser-Mitteuropa: Die USA hatten Ende März 2023 für die von ihnen auserwählten «*Demokratien*» einen zweiten *Gipfel der Demokratie 2023* veranstalten lassen. Das Programm sprach von neuen Ansätzen zur Stärkung von Demokratie, Menschenrechten & neuen Partnerschaften und weiter, wörtlich: «*In der ersten Sitzung wurden die Bemühungen von USAID und seinen Partnern beleuchtet, den Reformern während der demokratischen Öffnung mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.*»

Wie sehen Sie die Zwecke und Ziele der USA bezüglich der *Demokratie-Gipfel* mit unserer Frage, ob Scheindemokratien mittlerweile schon käuflich wären?

Alfred de Zayas: Demokratie bedeutet eine Regierung durch das Volk und für das Volk. Dazu gehören Transparenz und Rechenschaftspflicht der Regierungsvertreter, regelmäßige Konsultation der Bevölkerung in wichtigen Angelegenheiten und Referenden zu entscheidenden Fragen. Die USA beanspruchen, ein System der „*repräsentativen Demokratie*“ zu haben, aber ein solches System kann nur dann als demokratisch angesehen werden, wenn die Vertreter tatsächlich die Bevölkerung repräsentieren und es einen Zusammenhang zwischen dem Willen der Bevölkerung und der Regierungspolitik gibt, die sie betrifft.

Nach dieser Definition sind die Vereinigten Staaten keine Demokratie, wobei die meisten Teilnehmer des zweiten „*Demokratie-Gipfels*“ fatale Demokratiedefizite ausweisen. Der „*Gipfel*“ war als PR-Übung gedacht, als propagandistisches Spektakel, um die Welt in sogenannte „*Demokratien*“ und einen Rest zu spalten, wobei Letzteren die Teilnahme verwehrt bleibt, nachdem sie von den USA einseitig als autokratisch bzw. „*undemokratisch*“ eingestuft wurden.

USAID und die *National Endowment for Democracy* sind Instrumente der US-Regierung, um dem Rest der Welt ihre Werte und Prioritäten aufzuzwingen. Deren Arbeit hat nichts mit Demokratie zu tun, sondern mit Destabilisierung anderer Regierungen in der Erwartung, einen undemokratischen Regimewechsel durchzusetzen. Alle so genannten „*Farb-Revolutionen*“ waren mehr oder weniger subversive Umwälzungen, die von westlichen Regierungen und westlichen „*NGOs*“ finanziert werden. Sie sind nicht hausgemacht, sondern vom Ausland inspiriert und orchestriert. Der sogenannte *Euro-Maidan* im Jahr 2014 war ein klassisches Beispiel.

Unser-Mitteuropa: Der chinesische Philosoph Laotse wird mit dem Satz zitiert: «*Worüber man spricht, das hat man nicht.*» Das Wort «*Demokratie*» erfreut sich in westlichen Echokammern eines inflationären Gebrauchs: Woran liegt es, dass selbsternannte und vermeintliche Musterdemokratien dem fast pathologisch anmutenden Drang erliegen, ihr Demokratiemodell rund um die Uhr über alle Gebühr und nach allen Richtungen hin als alternativlos anzupreisen?

Alfred de Zayas: Propaganda funktioniert auf der Grundlage von Wiederholung, Indoktrination und Gehirnwäsche, wie wir aus Orwells *1984* und Aldous Huxleys dystopischem Roman *Brave New World* wissen. Das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten haben enorme Erfahrung mit gefälschten Nachrichten, gefälschter Geschichte und gefälschtem Recht. Die westliche Propagandamaschine ist gewaltig und um ein Vielfaches effizienter als die von Goebbels.

Unser-Mitteuropa: Aristoteles charakterisiert die Herrschaft weniger Privilegierter als «*Oligarchie*».

Schon im vorigen Jahrhundert warnten Politiksoziologen vor einer verabsolutierten Parteienherrschaft verpackt in Scheindemokratie. Die Theorie sagt, daß im Lauf der Zeit Partei-Demokratien dazu tendieren, sich in «*Partei-Oligarchien*» zu verkehren, die nur dem Selbsterhalt ihrer eigenen Macht die höchste Bedeutung noch einräumen.

Die US-Politwissenschaftler Martin Gilens der Princeton University und Benjamin Page der Northwestern University klassifizierten die USA als sogenannte «*Zivil-Oligarchie*», in welcher Superreiche und Plutokraten die wichtigsten Themen für die US-Bevölkerung bestimmten. 2015 erklärte der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter, daß die USA einer «*Oligarchie unlimitierter politischer Bestechung*» gleiche: Wie beurteilen Sie besagte amerikanische Verhältnisse?

Forstsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

Alfred de Zayas: Carter hat Recht, wenn er die USA als eine Oligarchie bezeichnet. Das System wurde vollständig vereinnahmt. Wie ich in einem meiner Berichte an die UN-Generalversammlung schrieb, regieren diejenigen, die gewählt werden nicht und diejenigen, die regieren, werden nicht gewählt. Im Scherz schrieb ich auch, daß „das Zweiparteiensystem der Vereinigten Staaten nur doppelt so demokratisch ist wie das chinesische Einparteiensystem“.

Ich führte aus, daß man, egal ob man die Republikaner oder die Demokraten wählt, mehr vom Gleichen bekommt. Sowohl Republikaner als auch Demokraten sind Kriegstreiber, beide unterwerfen sich dem militärisch-industriellen Komplex, beide sind für die Wall Street, doch nicht für die *Main Street*, beide sind für Israel und gegen die Palästinenser, beide dienen den Superreichen und scheren sich einen Dreck um die Masse der Amerikaner, die in bitterer Armut leben und keine Chance haben, sich aus der Armut zu befreien.

Aus diesem Grund bezog ich mich auf eine Aussage, die Kurt Tucholsky und Emma Goldman zugeschrieben wird: „Wenn Wahlen etwas ändern könnten, würde man sie abschaffen.“ Mit anderen Worten: Wahlen ähneln einem Zirkus, und viele Amerikaner haben die Illusion, daß sie tatsächlich etwas bedeuten. Das kann und sollte natürlich geändert werden. Der erste Schritt wäre eine gesetzliche Begrenzung der Wahlkampfspenden, denn gegenwärtig sind Wahlen tatsächlich gekauft.

Unser-Mitteuropa: Wie steht es um die Verhältnisse von Demokratie in Europa?

Alfred de Zayas: Was vernünftig und rational ist, ist nicht unbedingt das, was in der Politik passiert. Ein Problem ist, daß sich kein europäisches Land in außenpolitischen Fragen wie eine Demokratie verhält. Im Gegensatz zur Schweiz, die eine Tradition von Volksabstimmungen für fast alles hat, einschließlich des Beitritts der Schweiz zur UNO im Jahr 2002 aufgrund eines Referendums (frühere Referenden dazu scheiterten), gibt es in Europa keine „Volksbewegungen“.

Trotz der Proteste von Millionen europäischer Bürger im Vorfeld des Irak-Krieges haben die USA und die „Koalition der Willigen“ das irakische Volk bombardiert und einen undemokratischen Regimewechsel erzwungen. Ungeachtet des Widerstands vieler Europäer wurde das US-Sanktionsregime umgesetzt. In der Tat überlassen die meisten Europäer alles ihren Regierungen, in der Annahme, daß diese durch regelmäßige Wahlen demokratisch legitimiert wären. Doch in wichtigen Fragen wie der Kriegsverhinderung handeln die Regierenden direkt gegen die Interessen ihrer Wählerschaften. Ein Referendum im Dezember 2021 darüber, ob die NATO mit Rußland über die Frage einer europäischen Sicherheitsarchitektur hätte verhandeln sollen, hätte sicherlich Verhandlungen den Vorzug vor der Konfrontation gegeben.

Meiner Meinung nach sind die sogenannten europäischen Eliten im wahrsten Sinne des Wortes Verräter an ihren eigenen Ländern – sie unterstützen die Vereinigten Staaten – ein fremdes Gebilde – auf Kosten der Interessen ihrer eigenen Bevölkerungen. Sie sind sogar schlimmer als Vidkun Quisling während des Zweiten Weltkriegs. Im Falle Norwegens hatten die Nazis das Land militärisch besetzt. Heute besetzten die USA Europa wirtschaftlich und politisch.

Unser-Mitteuropa: Sie erwähnten lobend die Schweiz. Diese verfügt über keinen Verfassungsgerichtshof: Ergibt sich daraus die Gefahr, daß höchste Organe des Staates die Verfassung ungestraft brechen können bzw. gegen den Volkswillen handeln, doch stets davon ausgehen können, ungestraft davonzukommen?

Alfred de Zayas: Ja, die Gefahr besteht. Einige Gesetze und ihre Anwendung können natürlich vor dem Bundesgerichtshof in Lausanne angefochten werden.

Unser-Mitteuropa: Eine fehlerhaft angelegte Gewaltenteilung kann auch das Gegenteil erreichen: Wie soll echte staatliche Gewaltenteilung funktionieren, nachdem die legislative (gesetzgebende) -, exekutive (vollziehende) – und judikative (Recht sprechende) Gewalt exklusiv nur von ein und denselben politischen Parteiorganisationen quer über alle Gewalten hin besetzt worden sind: Hat jene Fehlentwicklung die ursprünglichen Ziele der erforderlichen Gewaltenteilung schon ad absurdum geführt?

Alfred de Zayas: Die „Gewaltenteilung“, wie sie von Montesquieu vorgesehen war, wurde nie vollständig umgesetzt. In den Vereinigten Staaten ist sie beklagenswert mangelhaft. Einige Politikwissenschaftler und andere Gelehrte haben in zahlreichen Büchern darauf hingewiesen, aber die Macht von *Big Brother* und die Macht der *Mainstream-Medien* ist so stark, daß es wenig oder keine Chance gibt, diese Situation kurzfristig zu ändern.

Unser-Mitteuropa: Hinzu kommt, daß hinter gut sichtbaren Partei-Oligarchien, doch noch über den Nationalstaaten, sich ein mächtiger und wesentlich intransparenterer Machtfaktor zu verstecken pflegt: Es sind die Globalisten bzw. Eine-Welt-Apostel, die mit besonderer Expertise aufgrund langer Tradition nach Global-Monopolen und Kapitalakkumulation in den Händen extrem Weniger gemäß dem Markenzeichen einer *Plutokratie* streben. Was könnte dagegen getan werden, falls die diversen Handlanger transnationaler Kräfte auf den staatlichen Steuerungsebenen, wie z. B. im Verlauf von CoV oft zu beobachten, externen Interessen allzu willfährig und notorisch erlegen sind?

Fortsetzung auf S. 5

Alfred de Zayas: Ich habe mich bemüht, diese undemokratischen Kräfte in meinen 14 Berichten an die UN-Generalversammlung und den Menschenrechtsrat zu entlarven. Ich habe diese Ideen in meinem Buch „*Building a Just World Order*“ und in meinen 25 Grundsätzen der internationalen Ordnung weiterentwickelt:

1. Grundsatz: Frieden
2. Grundsatz: Die UN-Charta hat Vorrang
3. Grundsatz: Die UN-Resolutionen des UN-Sicherheitsrats sind rechtsverbindlich
4. Grundsatz: Internationales Recht und Menschenrechte folgen Treu und Glauben
5. Grundsatz: Humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte hängen zusammen
6. Grundsatz: Die Staaten müssen den Geist des Rechts respektieren
7. Grundsatz: Allgemeine Rechtsgrundsätze
8. Grundsatz: Internationales Recht ist dynamisch
9. Grundsatz: Menschlichkeit und Würde sind die Quellen der Menschenrechte
10. Grundsatz: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker
11. Grundsatz: Territoriale Integrität ist auf die Sphäre der Staaten beschränkt
12. Prinzip: Staat basiert auf Volk, Territorium, Regierung & Außenbeziehungen
13. Grundsatz: Der Staat kann Politik, Wirtschaft, Soziales und Kulturelles wählen
14. Grundsatz: Völker besitzen die Souveränität über ihre natürlichen Ressourcen
15. Grundsatz: Völker haben das Recht auf ihre Heimat, Kultur und Identität
16. Grundsatz: Staaten unterlassen Gewalt gegen die Integrität anderer Staaten
17. Grundsatz: Staaten legen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln bei
18. Grundsatz: Nichteinmischung ist Teil des Völkergewohnheitsrechts
19. Grundsatz: Staaten verzichten auf Einmischung in andere Staaten
20. Grundsatz: Staaten haben natürliche Umwelt und natürliches Erbe zu schützen
21. Grundsatz: Staatliche Souveränität hat Vorrang vor Handels-Vereinbarungen
22. Grundsatz: Das Recht internationaler Solidarität ist ein Menschenrecht
23. Grundsatz: Recht auf Zugang zu Informationen ist Bestandteil der Demokratie
24. Grundsatz: Verstöße gegen internationales Recht schaffen keine neuen Gesetze
25. Grundsatz: Völkerrechtsbruch hat Anrecht auf Rechtsmittel und Reparationen

Unser-Mitteuropa: Die globale Geld- & Währungsordnung unter der Hochfinanz hat sich nach dem Fall des Eisernen Vorhanges von der Realwirtschaft immer weiter entfernt, um gestützt auf die Geldpresse ihren Fokus verstärkt auf Casinokapitalismus, Derivate-Spekulation und riskantes Investment Banking zu legen.

Wie sehen Sie, vor dem Hintergrund des Kriegs gegen die Russische Föderation und den Spannungen mit China, die Möglichkeit für eine grundlegende Weltwirtschaftsreform zur *Ent-Dollarisierung* der Weltwirtschaft, die u. U. von den BRICS-Staaten ausgehen könnte?

Alfred de Zayas: Die Ent-Dollarisierung ist im Gange, und es ist wichtig, dass China, Brasilien, Indien, Südafrika und Mexiko die Kampagne zur Ent-Dollarisierung anführen. Der Dollar ist zu einer Waffe geworden und keine sichere Währung mehr. Niemand, der bei Verstand ist, würde sein Geld in Dollar anlegen oder sein Vermögen bei einer US-Bank deponieren.

Wenn wir von der Agenda sprechen, sollten wir uns von Europas irrationaler Abhängigkeit vom so genannten US-Atomschutzschild verabschieden, von der neuen Sucht nach überbeuertem und ökologisch hyper-unfreundlichem US-Flüssig-Erdgas.

Das heißt nicht, daß man sich völlig von den USA abkoppeln muß, aber Europa muß darüber nachdenken, die transatlantische Bindung zu lockern und sich schrittweise vom Dollar zu lösen.

Unser-Mitteuropa: Wie sollte man dem atlantischen Sanktionsregime begegnen?

Alfred de Zayas: Für die europäische Wirtschaft wäre es wichtig, die US-Sanktionen gegen Rußland und andere Länder aufzuheben und die europäischen Geschäftsleute vor den Strafandrohungen des US-Finanzministeriums zu schützen: Eine Unverschämtheit, gegen die man sich wehren muß, indem man das Verbot der extraterritorialen Anwendung innerstaatlicher Gesetze, die die Souveränität anderer Staaten verletzen, erneut bekräftigt. Europa muß die völkerrechtliche Verpflichtung jedes Staates umsetzen, diplomatischen Schutz für seine Bürger zu gewähren, einschließlich seiner Geschäftsleute, die legitime Geschäfte und Handel mit dem Ausland betreiben.

Das ganze Interview Herrn Prof. Alfred de Zayas ist abrufbar unter:

<https://unser-mitteuropa.com/alfred-de-zayas-europaeische-eliten-sind-verraeter-an-ihren-eigenen-laendern/>

Dr. Herbert Czaja – Opposition gegen den Nationalsozialismus in Ost-Oberschlesien

Ich will ganz einfach nur erzählen, was ich erlebt habe und woran ich mich erinnere, also ein Stück eigenen Erlebens; Goethe sprach von „Dichtung und Wahrheit“. Ich konnte nicht exakt alles überprüfen, was ich Ihnen sage. Hier und dort mag sich auch etwas Phantasie oder Zeitverwechslung in die Erinnerung eingeschlichen haben.

Bis 1939 kam man in Ostoberschlesien wegen des stillen oder offenen Auftretens gegen den Nationalsozialismus oder wegen kritischer Haltung zur Diktatur im Reich nicht in Konzentrationslager. Allerdings konnte man zwischen zwei Stühle geraten. Von polnischer Seite wurden die Deutschen meist ohne Rücksicht, wozu sie politisch zählten, diffamiert und diskriminiert, sehr oft der Arbeit, Unterstützung oder der Einhaltung des Berufsweges beraubt. Von hundertprozentigen Nationalsozialisten wurden dagegen verdiente Deutsche, die sich gegen die Diktatur stellten, als „verfluchte Volksverräter“ auch öffentlich diffamiert und im übrigen durch die verschiedenen Vermittlungsstellen und reichsdeutschen Behörden von allen Subsidien ausgeschlossen, ohne die infolge der polnischen Verfolgungsmaßnahmen die deutsche Minderheit und ihre Angehörigen, wenn sie nicht selbständig waren, kaum existieren konnten.

Wenn ich den Begriff Widerstand etwas vorsichtiger fasse, so möchte ich keineswegs der Haltung der mutigen Oppositionellen gegen die NS-Ideologie in Ostoberschlesien Abbruch tun. So mußten insbesondere die führenden Personen Ehre, Ansehen und ihr Vermögen für ihre kritische Haltung opfern. Ich sage das auch deshalb, weil insbesondere von linker und von kommunistischer Seite im In- und Ausland die Meinung verbreitet wird, daß es keinen bürgerlichen Widerstand gab. Echten Widerstand hätten nur Kommunisten geleistet. Die zahlreichen Bürgerlichen, die Offiziere und Adligen werden von den Linken als Mitläufer des Nationalsozialismus', sogar als führende Unterstützer des Nationalsozialismus', die entweder sehr spät aufgewacht sind, oder nur, als der Krieg verloren war, umschalteten, bezeichnet. Sicherlich gibt es auch unter dem bürgerlichen Widerstand Personen, die anfangs den Nationalsozialismus kräftig unterstützten. Diese Unterstützung reichte auch in Teile des kirchlichen Widerstandes hinein, wo vereinzelt Bischöfe und auch Personen, die später zur Bekennenden Kirche auf evangelischer Seite gehörten, dem Nationalsozialismus positiv gegenüberstanden.

Im übrigen darf ich auf ein Erlebnis aus meiner Krakauer Studienzeit nach 1937 verweisen: Im ersten Trimester studierte ich Jura und kam auch dort mit vielen jungen polnischen Jesuiten zusammen. Diese waren ebenso wie die in dem von Pater Kolbe geleiteten Verlag erscheinende Massenzeitung „Das kleine Blatt“ vom Nationalsozialismus begeistert und meinten, daß er in Deutschland Ordnung gegenüber Mißständen wie Pornographie und moralische Zersetzung durch die Juden schaffe. Vergebens habe ich in stundenlangen Diskussionen versucht, diese Jesuiten zu warnen. Sicherlich sind manche von ihnen später in Konzentrationslagern oder in den Kerkern zu Tode gekommen.

Ich sage das nur, um die allgemeine Stimmung zu kennzeichnen.

Dennoch muß man unterstreichen, daß es eine breit gefächerte katholische Opposition und einen kirchlichen Widerstand sowohl auf katholischer wie auf evangelischer Seite gab. Wenn heute junge, auch schlesische, Professoren meinen, es habe kaum einen kirchlichen Widerstand gegeben, so rate ich ihnen, nicht nur die Annalen der ermordeten katholischen Laien und Priester durchzusehen, sondern vor allem auch ein paar Nummern der Jugendzeitung „Michael“, „Junge Front“ oder aber des „Hochlands“, der „Stimme der Zeit“, des „Christlichen Ständestaats“ usw. aus dieser Zeit durchzulesen. Sie müßten dann ihre Ansicht massiv revidieren. Der nicht-kommunistische Widerstand wollte ein sittlich gereinigtes deutsches Volk, eine von Fehlern befreite Rolle der Deutschen in Europa, er wollte möglichst wenig oder nichts von Deutschland preisgeben und die Rolle der Deutschen in Europa wahren. Vieles davon ging in das Grundgesetz ein, aber auch in die Auffassungen politischer und gesellschaftlicher Gruppen über die Bindung und Einbindung Deutschlands und der Deutschen in gesamteuropäische Aufgaben und in einen freiheitlichen und förderalen europäischen Ausgleich. Beispiel nenne ich die Briefe von Pater Delp, die aus dem Gefängnis herausgeschmuggelt wurden, insbesondere im vierten Band der gesammelten Schriften. Darin steht auf den Seiten 328 und 329 eine Aufzeichnung Deutschland“. Deutschland dürfe sich durch nichts die Hoffnung auf die Zukunft nehmen lassen, schrieb Delp wenige Tage vor der Hinrichtung. „Entweder wir sind in Ordnung oder die Welt ist durcheinander“. Die Deutschen werden auch großen Einfluß auf die kommende Gestalt der Kirche haben. Auf den Seiten 358 und 359 unternimmt er eine Analyse des Urteils des Volksgerichtshofes unter Freisler gegen seine Person. Die letzte Ursache seiner Hinrichtung sei, dass seine Freunde und er bereit sind zu sterben, weil sie als Christen an Deutschland geglaubt haben. Freisler sei der Auffassung, nach seiner Niederlage der NSDAP gebe es kein deutsches Volk mehr. Dagegen hätten die Widerständler und er den Standpunkt vertreten, dass es auch nach einer militärischen Niederlage die Möglichkeit gebe, die Ziele Deutschlands politisch zu behaupten. Der Tod der Widerständler könne Grundlage für die geistige Entwicklung des kommenden Deutschland sein.

Fortsetzung auf S. 7



Fortsetzung von S. 6

Ich will hier nicht untersuchen, wie weit das der Fall war und wie weit vieles davon nicht verwirklicht ist. Einige Ansätze davon zeigten sich, wie gesagt, im Grundgesetz und in den europäischen föderalistischen Auffassungen, einiges könnte heute wieder in manchen Jugendkreisen neu belebt werden.

Doch ich muß zu meinem Thema zurückkehren und einige Sätze über Ostoberschlesien selbst sagen, das ja nach einer Abstimmung 1921 im Jahre 1922 – nach einer Abstimmung, die in den national gemischten Kreisen die rein deutschen Kreise wurden in die Abstimmung nicht einbezogen) mit etwa 60 zu 40 für Deutschland ausging – durch Entscheidung der Botschafterkonferenz vom Deutschen Reich abgetrennt wurde. Politisch war das von den meisten deutschen Parteien im Reich nicht hingenommen worden, völkerrechtlich wurde dies jedoch anerkannt.

Stresemann und andere betrieben lange Zeit diesbezüglich eine Revisionspolitik im Weimarer Staat. Bei der Teilung waren die Städte Beuthen, Hindenburg, Gleiwitz, Oppeln und Ratibor beim Reich geblieben. Dagegen stehen z. B. Stadt und Kreis Kattowitz, Königshütte, Pless, Rybnik, Teile des Kreises Tarnowitz, aber auch Teile der Kreise Beuthen und Hindenburg, Ratibor und Lublinitz, die an Polen fielen, und damit 85 % der Kohlevorkommen.

Durch die Abtrennung Ostoberschlesiens waren die Industriegebiete und die Verkehrsstränge geteilt, der Zusammenhalt der Bevölkerung zerschnitten.

Bei freien Wahlen in der reichsdeutschen Provinz Oberschlesien gab es ab 1924 höchstens fünf bis sieben Prozent der Stimmen für polnische Listen, 1932 nur zwei Prozent. Die Nationalsozialisten waren lange Zeit in Westoberschlesien sehr schwach vertreten.

In dem vom Deutschen Reich abgetrennten Ostoberschlesien gab es bei den letzten freien Wahlen zum teilweise autonomen Landesparlament 1930 über 35 Prozent der Stimmen für die Deutschen (dazu gehörten die Deutsche Christliche Volkspartei und die Deutsche Partei, die einen Block bildeten, und die Deutschsozialistische Arbeiterpartei, die allein in den Wahlkampf ging und später auch mit der Polnischen Sozialistischen Arbeiterpartei, allerdings unter Wahrung deutscher Interessen, zusammenarbeitete).

Die drei polnischen Aufstände von 1919 und 1921 hatten zwischen Deutsche und Polen tiefe Gräben gezogen. Die Gegensätze gingen oft durch die Familien. Man darf nicht übersehen, daß es in Oberschlesien, insbesondere Ostoberschlesien, nicht nur zwei, bzw. wenn man Sudetenschlesien hinzunimmt, drei Nationalitäten gab, sondern auch schwebendes Volkstum. Im Zusammenhang mit den Aufständen war es zu schweren Greuelthaten gekommen, wobei die weitaus größte Zahl von polnischer Seite verübt wurde.

Korfanty war ein wohl kaum mit Skrupeln belasteter Anführer der Polen, der nach 1922 mit großer Entschiedenheit für die Autonomie des zu Polen gekommenen Teiles Oberschlesiens und gegen die immer diktatorischer werdende Herrschaft des schlesischen Wojwoden Grazynski auftrat. Vor 1939 wurde er, wenn ich nicht irre, nach dem Tode Pilsudskis von der sich diktatorisch gebärdenden Zentralregierung in Warschau in Kasematten in Ostpolen festgesetzt, wo er sich den Todeskeim holte. In den Kämpfen im schlesischen Landesparlament war Korfanty in der Zeit, als der Nationalsozialismus stärker wurde, an die Seite der Deutschen Christlichen Volkspartei bzw. der Katholischen Volkspartei getreten und hatte auch in Debatten im schlesischen Parlament für die deutschen Schulen und für die Muttersprache der Deutschen geredet.

Seine Partei, die später zugunsten der sogenannten „Sanacja“, einer Erneuerungsbewegung der Anhänger Pilsudskis, gespalten wurde, sorgte immer wieder dafür, daß einer der Vize-Marschälle, also der Vizepräsidenten des schlesischen Sejms, ein Vertreter der Deutschen Christlichen Volkspartei, der Senator Dr. Pant, war.

Die Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei verhielt sich ambivalent im Landesparlament.

In Oberschlesien war, gemäß den Verträgen, vor Ort eine Vertretung des Völkerbundes mit dem Kommissar Calonder einige Jahre nach Kriegsende tätig, die manchmal Schlimmstes verhindern konnte.

Trotzdem gab es massive Eingriffe gegen das deutsche Schulwesen, Repressionen gegen Eltern, die ihre Kinder in die deutschen Schulen schickten, zwangsweise Ausschließung von Kindern aus gemischten Ehen, die in deutsche Schulen gingen, durch die Polizei und die Staatsmacht.

Es gab dieserhalb ununterbrochen Klagen beim Völkerbund. Nachts erfolgten auf dem Lande oft Überfälle auf deutsche Familien. Nach einer bestimmten Frist waren jedoch die Befugnisse des Völkerbundkommissars erheblich eingeschränkt durch das Aufkommen des Nationalsozialismus' im Reich, wo der Gegensatz und der nationale Haß wuchsen. Grazynski gab sich immer totalitärer. Eltern, die ihre Kinder in die deutschen Schulen schickten, wurden aus der Arbeit entlassen und zwar auch in den privaten Firmen und in den großen Bergbau- und Industrieunternehmen, die Flick an eine englische Dachgesellschaft abtreten mußte. Deutsche Beamte wurden entlassen, Bürgermeister amtsenthoben, Gemeinderäte kommissarisch ernannt.

Fortsetzung auf S. 8

Einige Hinweise aus eigener Erinnerung:

Als ich etwa sechs Jahre alt war, tobte ein polnisch-tschechischer Krieg um Ostschlesien. Ich sehe noch die Verwundeten vor mir bei uns im Hof. Der Vater wurde, wie andere Deutsche aus der Stadt, zeitweise von den Polen interniert. Es gab sehr schwierige Lebensumstände. Die freiberuflich Tätigen hatten alles verloren. Mein Vater ging über Land, um von den Bauern etwas Butter und Zucker zu erbetteln oder einzukaufen, und hinüber nach dem von den Tschechen beanspruchten Gebiet, um von dem dort ihm bekannten Amtskollegen – er war Notar – etwas Zucker und Marmelade zu erhalten. Als ich in der ersten Volksschulklasse war, erinnere ich mich noch sehr genau, wie Kinder aus nationalgemischten Ehen von der Gendarmerie mit aufgepflanztem Bajonett aus der deutschen Schule herausgeholt wurden. Die Zahl unserer deutschen Volksschüler in Skotschau, wo bestenfalls sich ein Viertel der Bevölkerung zu den Deutschen bekannte – wir hatten aber immer einen deutschen Vizebürgermeister, der von dem polnischen katholischen Pfarrer, der Bürgermeister war, sehr gestützt wurde, und eine Reihe deutscher kommunaler Beamten, einen deutschen Sparkassendirektor usw. – schrumpfte immer mehr. Wir waren in einem Raum zwei bis drei Klassen beisammen bei einem Lehrer. Trotzdem lernten wir recht ordentlich. Als ich später im deutschen Gymnasium in Bielitz 1933 das Abitur machte, war die deutsche Volksschule in Skotschau bereits geschlossen. Das zeigt an, wie man hier lebte. Die Deutschen, die aufmerksam die Dinge beobachteten, auch junge Deutsche, spürten geradezu, wie ihnen der Sand unter den Füßen wegrann. Dennoch hatten wir eine breit gestreute deutsche Presse im ostschlesischen Teil Oberschlesiens. Die „Schlesische Zeitung“ in Bielitz, zeitweise auch die „Silesia“ in Teschen waren liberale Blätter, ferner der „Oberschlesische Kurier“, ein katholisches Blatt, und aus dem Sudetengebiet kamen die sehr liberale und antinationalistische „Morgenzeitung“ und verschiedene Prager Zeitungen zu uns. Man las auch in gebildeteren Kreisen die Wiener „Presse“ sowie andere Organe aus dem Reich.

Mein Vater war zeitweise deutscher Gemeinderat. Ich erinnere mich noch sehr genau, wie er sich nach der polnischen Machtübernahme weigerte, den Doppeladler, den er als Notar am Hause hatte, abzunehmen, ebenso die Kaiserbilder in der Kanzlei; der Doppeladler wurde dann durch die Feuerwehr entfernt. Die Kaiserbilder blieben lange Zeit und stießen auf anfangs milde Kritik der noch in diesem Teil altösterreichischen polnischen Beamten des Kreisgerichts, insbesondere des Kreisgerichtspräsidenten, die noch aus der österreichischen Schule kamen und tolerant waren.

Etwa 1930 schieden aber auch diese Beamten aus, und die Atmosphäre wurde viel schlimmer. Als mein Vater erblindete, wurde er entgegen den gesetzlichen Bestimmungen amtsenthoben, und es begann, da Notare in diesem Bereich freiberuflich tätig waren und nur von Ersparnissen im Alter leben konnten, eine recht schwierige Zeit für uns, menschlich und finanziell, einige Zeit vor meinem Abitur.

Im Gymnasium waren in den letzten Jahren nach 1930 schon voll die Gegensätze zwischen Nationalsozialisten und den wenigen, die da nicht mitmachten, durchgeschlagen. Wir hatten in unserer Klasse immer etwa ein Drittel jüdischer Mitschüler, die in diesem Gebiet viele Jahre treu zu den Deutschen standen. Das änderte sich allerdings etwas nach 1933. Ebenso hatten wir etwa ein Viertel bis ein Drittel von Mitschülern aus deutschen Kolonien in Galizien, die in einem deutschen Schülerheim untergebracht waren. Als ich ins Gymnasium eintrat, hatten wir ein eigenes humanistisches und ein Realgymnasium. Mit der Zeit wurden sie zusammen gelehrt. Die Klassen wurden auch dort immer kleiner. Zwei bis drei Jahre vor dem Abitur bekamen wir schon den Geschichtsunterricht geteilt, einen Teil allgemeine Geschichte in deutscher Sprache, die polnische Geschichte erteilt von polnischen Lehrern in polnischer Sprache. Diese waren aber recht tolerant. Ebenso war die erste Fremdsprache Polnisch. Knapp vor dem Abitur wurde der deutsche Direktor der Anstalt zwangspensioniert. Es kam ein polnischer Direktor, der sich mit den Schülern deutsch unterhielt, aber mit den meist nicht polnisch könnenden Gymnasiallehrern, bei uns Professoren genannt, auf polnisch, was uns immer wieder zu Lachstürmen veranlaßte, da diese ihn entweder nicht verstanden oder ein schreckliches Polnisch, gemischt mit Tschechisch, radebrechten, um so mehr, als es darunter eine ganze Reihe deutscher Juden aus Teilen Ostschlesiens und Mährens sowie Böhmens gab.

Bielitz war eine weltbekannte Schulstadt, allerdings auch eine Tuchmacher- und Industriestadt. Die Dörfer ringsum waren deutsch, zum Teil auch von deutschen Sozialdemokraten beherrscht. Es gab ein sehr bekanntes deutsches Theater mit Oper und Operette. Ein ähnliches Theater in Teschen war allerdings einige Jahre nach dem Krieg eingegangen, ebenso wie das dortige deutsche Gymnasium. Die Schüler fuhren im Zug nach Bielitz, ebenso ich. Das Bielitzer deutsche Theater wurde von Industriellen, aber auch von jüdischen Kreisen stark unterstützt. Fast alle großen Wiener Opern- und Operettenstars waren zeitweise in Bielitz, Teschen oder Troppau am Theater, bevor sie zu einsamer Höhe emporstiegen. Die Lebensbedingungen wurden ab 1933 schwieriger. Immer mehr der tschechischen Arbeiter, auch die im Bergbau, angefangen vom Steiger, wurden entlassen, wenn sie sich zum Deutschtum bekannten. Der Terror spielte eine immer größere Rolle. Das schlesische Landesparlament wurde willkürlich vom Wojwoden aufgelöst.

Fortsetzung auf S. 9

Inzwischen war in Ostoberschlesien der Meinungskampf voll entbrannt. Der Verein der deutschen Katholiken im Ausland, an dessen Spitze nominell Bischof Berning von Osnabrück stand, hatte den starken Verein der deutschen Katholiken gleichzuschalten versucht, und es gelang ihm mit einer Mehrheit von ganz wenigen Stimmen, die zum Teil gekauft waren, in einer Generalversammlung den bisherigen unbestrittenen Vorsitzenden der Katholischen Volkspartei und des Verbandes Deutscher Katholiken, den Vizemarschall des Schlesischen Sejms und früheren Senator Dr. Eduard Pant abzuwählen. Daraufhin beschränkte sich Senator Dr. Eduard Pant auf die katholische Volkspartei, die in eine Christliche Volkspartei in Zusammenarbeit mit nicht gleichgeschalteten evangelischen Kräften nicht nur aus Oberschlesien, sondern auch aus dem Posener Bereich umgestaltet wurde, und auf eine Wochenzeitung, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus bald hohes Niveau gewann, auf den „Deutschen in Polen“. Pant war landauf, landab unterwegs, um Gruppen der Christlichen Volkspartei zu festigen und zu gründen. Ich erinnere mich auch noch an seine Besuche in Skotschau, aber er war auch viel in deutschen Kolonien in Galizien, im Posenschen und anderswo unterwegs. Freilich hatte er in Ostoberschlesien nicht die Mehrheit der Deutschen hinter sich. Dennoch behielt er bis zu seinem Tod seinen Sitz im Schlesischen Landesparlament und war dort als ausgezeichnete Redner unumstrittener Sprecher der Deutschen. Ein starker Teil der Deutschen wurde durch den anfangs unpolitischen liberalnationalen Deutschen Volksbund, an dessen Spitze Dr. Ullitz stand, unterstützt. Inzwischen war eine starke, dem Nationalsozialismus vollhörige Jugendpartei, die Jungdeutsche Partei, entstanden, in deren Reihen auch viele Schulfreunde von mir waren.

Zwischen den Anhängern des Volksbundes und der Liberalen Deutschen Partei und der Jungdeutschen Partei, also zwischen Ullitz und den Jungdeutschen, gab es auch schwere Auseinandersetzungen, wobei die Deutsche Partei und der Volksbund mehr vom Reichsaußenministerium gestützt wurden, dagegen die Jungdeutsche Partei von nationalsozialistischen Reichsorganisationen. Selbstverständlich begannen die Polen immer schärfer gegen die Deutschen Stellung zu nehmen, aber durch die Verträge ab 1934 wurde nach außen hin sogar ab und zu eine Demonstration der Jungdeutschen Partei geduldet und unterstützt. Überhaupt war die Einstellung nationalsozialistischer Polen damals sonderbar. Ein Teil selbst der nationalistischen Nationaldemokraten in Polen lobte anfangs die Jungdeutsche Partei. Erst später begann man, wegen vieler Ausschreitungen, alle Deutschen aufs schärfste zu bekämpfen. Am schlechtesten hatten es die Anhänger der Christlichen Volkspartei, weil sie zwischen allen Stühlen saßen. Mich haben diese Kampfzeiten geistig sehr geprägt.

Die Wochenzeitung „Der Deutsche in Polen“ brachte alle Nachrichten aus dem Deutschen Reich, die dort nicht verbreitet werden durften, alle Hirtenbriefe, natürlich die Enzyklika „Mit brennender Sorge“, aber auch eine Fülle von Gerüchten aus sozialdemokratischer und bürgerlicher Opposition. Das Wochenblatt erschien bis zum Einmarsch der deutschen Truppen im Jahre 1939 und wurde, wie ich erst nach dem Krieg von Schülern in Stuttgart bzw. deren Eltern erfuhr, in einer großen Zahl von Exemplaren auch auf dem Postweg von Postinspektoren, die zwischen Straßburg und Stuttgart fuhren, ins Deutsche Reich geschmuggelt; ebenso kamen natürlich an der oberschlesischen Grenze Exemplare ins Deutsche Reich. Mehrmals versuchten die Nationalsozialisten, Senator Dr. Pant, der sich mit anderen nicht gleichgeschalteten Kräften der Sudetendeutschen aus Reichenberg und der Baltendeutschen zu einem Verband deutscher Minderheiten in Wien zusammenschloß, zu entführen, aber Zentrumsfreunde in Westoberschlesien warnten ihn immer wieder. Er hatte ja wohl auch gute Kontakte mit Lukaschek und anderen. An den Folgen des Ersten Weltkrieges – er war mehrfach als Major einer Sturmbrigade schwer verletzt worden – ist er im Jahre 1937 oder 1938, nachdem ein im Rücken verbliebenes Geschoß zu wandern begann, gestorben. Es ist nicht uninteressant, daß sein Beichtvater der spätere Kardinal Kominek war, der sich damals noch recht deutschfreundlich gab und erst nach 1940 völlig umschwenkte. Pant war hochangesehen nicht nur in Wien, sondern auch in polnischen konservativen Kreisen in Krakau und im gesamten noch polnischen Klerus in Ostoberschlesien. Er war ein unbeugsamer Katholik in allen sittlichen und politischen Fragen. Ich habe persönlich wenig mit ihm zusammengearbeitet, da ich ja studierte und vorher in einer deutschen Enklave lebte. Aber ich bin durch sein Wirken politisch außerordentlich stark beeinflusst worden und habe mir immer wieder vorgenommen, politisch für die deutsche Minderheit tätig zu sein, wenn ich das Studium beendet hatte.

Im dritten Schlesischen Sejm wurde die Zahl der Stimmen für den deutschen Block halbiert, weil eine Reihe von Wahlkreislisten für ungültig erklärt wurde. Dennoch blieb Dr. Pant Sprecher des deutschen Blocks. Zahlenmäßig läßt sich natürlich der Umfang der Gruppen nicht umfassen.

Im Frühjahr 1937 war ich nach Ablegung der Magisterprüfung in Krakau für Deutsch und im Nebenfach Geschichte nach Wien gegangen, um dort ein Jahr auf Wunsch meines Professors an der Doktorarbeit zu arbeiten.

Der Wiener Aufenthalt gab mir ungeheuer viel in der geistigen Bildung; ich hörte Nadler, Srbik, Arnold und andere. Vor allem aber im akademischen Verein Logos waren Christen und konvertierte Juden aller Schattierungen von Nationalsozialisten über Heimwehrleute bis zu begeisterten Österreichern, die in vielen Bereichen, von der Naturwissenschaft bis zur Politik, auf philosophischer Grundlage Vorträge hörten und Diskussionen führten. Es würde zu weit führen, wenn ich hier alle Schattierungen in Wien und den Einmarsch der reichsdeutschen Truppen schildern würde. In dieser Zeit war ich, was selten vorkam, von der Krakauer Universität für ein Humboldt-Stipendium im Reich als Student vorgeschlagen. Ich wurde auf die Deutsche Botschaft in Wien bestellt und eingehend über Referenzen befragt.

Fortsetzung folgt: Das Interview Dr. Herbert Czajas erschien unter: <https://kulturstiftung.org/beitraege/inland/dr-herert-czaja-opposition-gegen-den-nationalsozialismus-in-ost-oberschlesien>

Bertha von Suttner und der Beginn der Haager Friedenskonferenz

Teil 7

Die Reaktionen auf das Zarenmanifest waren nicht einhellig: So wie bei der Friedensbewegung zogen sich in Europa bereits tiefe Gräben zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich, aber auch zwischen Österreich und Rußland, ja selbst innerhalb der Mittelmächte zwischen Österreich und Italien.

Selbst die russische Initiative des Zarenmanifests war geprägt von militärpolitischen Erwägungen: Rußland sah sich zusehends abgehängt vom *rasanten* Wettrüsten Englands, Frankreichs und Deutschlands: Auf Sicht konnte das Zarenreich diese Entwicklung *finanziell und technologisch* nicht mehr stemmen.

Bertha von Suttner begrüßte das Zarenmanifest enthusiastisch als „das leuchtendste Friedensdokument, das je erlassen worden [. . .] ein neues Blatt Geschichte war gewendet.«“ In ihr Tagebuch schrieb sie:

„»Und so gewaltiges Ereignis heute – Wie ein Blitzschlag – aber herrlich: Friedensmanifestation des Zaren! Dadurch wird ja unsere Bewegung um tausend Meilen vorgerückt. Freudig erregt – schlaflose Nacht! Einmal schlaflos vor Freude, Jetzt wird es aber zu tun geben. Depeschen«“ (Hamann, S. 159).

Bald stellte sich heraus, daß Nikolaus II. offensichtlich von einem Pazifisten, Johann Bloch, und dessen 1892 erschienenem Schrift *Der Zauberkrieg, vom technischen und politischen Standpunkt aus betrachtet* beeinflusst worden war; es stellte die ökonomischen und sozialen Folgen eines Krieges in den Vordergrund und folgte zum „Schluß: »Der Krieg wird zu Ende gehen, weil die Maschinerie aus ökonomischen und sozialen Gründen versagen wird«“ (Hamann, S. 159f.).

Insbesondere die neuen Errungenschaften der Kriegstechnik, Nobels Dynamit eingeschlossen, „hätten völlig neue Bedingungen geschaffen, die geradezu zwingend eine internationale Verständigung verlangten. Vor allem aus ökonomischen Gründen sei ein Krieg von keiner Seite mehr zu gewinnen, ein Umdenken sei daher erforderlich“ (Hamann, S. 190, Rekurs auf: Bloch, Berlin 1901, S. 25).

Nikolaus ging mit Bloch stundenlang dessen Werk durch; die Historikerin Hamann:

„Das Manifest zur Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz galt als Ergebnis dieser Beschäftigung des Zaren mit Blochs Werk“ (S. 160).

Frau von Suttner und ihre Mitstreiter sahen sich ihrem Ziel nahe: Daß ein *internationales Schiedsgericht* noch vor der Jahrhundertwende errichtet werden könnte: Sie schrieb:

„»Wie man am letzten Tage des Jahres in seinem Hause und in seinen Büchern Ordnung zu machen pflegt [. . .] in diesem Abschlußjahr des schwindenden Säkulum mit dem schlimmsten Reste alter Barbarei aufzuräumen [. . .] von nun ab ein neuer Mensch zu werden –, damit die Schwelle des 20. Jh.s auch von einer neuen Menschheit überschritten werde. Nicht etwa eine von Grund auf veränderte, engelgleich gewordene Menschheit, sondern nur eine, die sich von der schon lange unerträglich gewordenen Last von Unmenschlichkeit befreit hätte«“ (Hamann, S. 160f., Rekurs: *Die Waffen nieder!* Okt./Nov. 1898, S. 377).

Carneri hingegen war realistisch genug, denn „die Resonanz bei Politikern und in der Presse war von Skepsis geprägt. Die Zeitungen reagierten auf das Zarenmanifest spöttisch bis geringschätzig. Dieses gehöre »in das Reich der phantastischen Hirngespinnste, in das Gebiet der blutleeren, verwaschenen, kraftlosen und verweiblichten Suttneriaden,« schrieb die *Linzer Morgenpost*“ (Hamann, S. 161).

Enttäuscht von den Sozialisten, die Nikolaus II. friedliche Absichten bezweifelten, schrieb Frau von Suttner an Fried: „»Aber häßlich, selbstmörderisch benimmt sich die Sozialdemokratie dem Manifest gegenüber. *Partei-Engel!*«“ (Hamann, S. 161). August Bebel und die SPD verwiesen auf den *zwiespältigen* Charakter des Zaren: Gegen Gegner und Abtrünnige griff er brutalst durch, so beispielsweise gegen Finnland.

Fortsetzung auf S. 11

Dieses Vorgehen war für Bertha *kein* Problem, sie verteidigte ihren vermeintlichen russischen Verbündeten: In *Die Waffen nieder!* (1899, S. 123) schrieb sie, es wäre klar:

„dass niemand allein den Anfang der Abrüstung mache, die ja erst auf der Konferenz beschlossen werden sollte. Der Zar wolle »stark sein an dem Tage, wo er mit den anderen gleichzeitig die Rüstung ablegen [wolle] – womöglich der Stärkste, denn gerade von diesem hat der Vorschlag Gewicht. Dem Schwachen könnte man Angst unterschieben«“ (Hamann, S. 162).

Auch der russische Außenminister, Graf Mihail Nikolajewitsch Murawjow, goß etwas Wasser in den Wein: Bei einem Treffen mit einer österreichischen Delegation unter der Leitung von Frau von Suttner meinte er, daß er erfreut sei,

„»eine eifrige Verfechterin jener Ideen kennenzulernen, zu deren Aposteln der Zar und seine Regierung sich jetzt gemacht haben, eine Idee, von der er zuversichtlich hoffe, daß sie allmählich die Welt erobern werde«. Der Erfolg brauche wohl Jahre, ebenso wie die Genfer Konvention des Roten Kreuzes auch nicht sofort zustande gekommen sei“ (Hamann, S. 162).

Auf die Frage Arthurs von Suttner, ob es nicht möglich wäre, auch in Rußland eine Friedensgesellschaft zu gründen und einen Kongreß abzuhalten, meinte der russische Graf, dies wäre nicht *„wünschenswert, weil in einem Lande mit so junger Kultur, mit einer so warmblütigen und leicht erregbaren Bevölkerung sich da vielleicht gar viele unreife und heftige Elemente einmischen könnten, welche der Sache gefährlich würden.«“* Frau von Suttner konterte und verwies auf das Temperament der Ungarn und deren Friedensaktivitäten. Murawjow blieb bei seiner Position: *„An der Spitze der Bewegung stehe jetzt dort der Zar und die Regierung selber“ (Hamann, S. 163).*

Gutgläubig erwiderte Bertha: *„Es ist wahr: braucht man in einem Raum, der von Sonnenlicht durchflutet wird, noch ein Lämpchen anzuzünden?““ (Hamann, S. 163, Rekurs auf: Haager Friedenskonferenz, S. XIV).* In ihrem Tagebuch zog sie dann ein Fazit: *„Im Ganzen merkwürdig, daß wir empfangen werden. Aber doch leider viel diplomatisches Zurückweichen“ (Hamann, S. 163, Tagebucheintrag vom 24.10.1898).*

Nach diesem Treffen erging am 16. Januar 1899 ein zweites Schreiben, das Bertha nicht sehr goutierte, mit einem Programm-entwurf an die Regierungen und die Presse:

„Denn nun war hauptsächlich von Regelung der Kriegsfragen, angefangen vom Verbot bestimmter Explosivstoffe bis zur erhofften Einigung über die Rettung Schiffbrüchiger, die Rede. Mehr und mehr rückte das Rote Kreuz in den Mittelpunkt der Vorbereitungen für die Konferenz“ (Hamann, S. 163).

Die Einladungen sollten aus den Niederlanden erfolgen. Bei der Frage der Teilnehmer schon schieden sich erneut die Geister: Italien war gegen die Teilnahme des Heiligen Stuhles, England setzte durch, daß die beiden südafrikanischen Staaten: Oranien und Transvaal *nicht* eingeladen wurden. Vom amerikanischen Kontinent wollten nur die USA und Mexiko sich beteiligen. Dies alles bewirkte, daß das ganze Unterfangen von der Presse zerpfückt wurde.

Nicht förderlich war auch die Nachricht, daß Bertha von Suttners Schrift *Die Waffen nieder!* in Rußland verboten worden war. Am 25. März 1899 schrieb sie an Fried:

„Ich weiß noch immer nicht, ob das Verbot meiner Schrift in Rußland wahr ist. Daß die Gegner diese Nachricht ausbeuten, beweist gar nichts – sie beuten eben schwarz und weiß gleichmäßig aus. Geht Rußland mit der Friedensbertha zusammen, so ist das ein Argument gegen Rußlands Ernst, und ignoriert oder verbietet es gar die Bertha, so ist's ein Argument gegen Rußlands Aufrichtigkeit“ (Hamann, S. 164)

Die Stimmung bei den Aktivisten wurde nur noch schlimmer, als das Deutsche Reich den Völkerrechtler, Prof. Karl von Stengel, in ihre Delegation aufnahm: Er war kürzlich mit einer antipazifistischen Schrift an die Öffentlichkeit getreten.

Fortsetzung von S. 11

Die Reaktionen der Friedensaktivisten selbst wurden in diesem Stimmungstief immer abstruser: So schlug Fried allen Ernstes vor, die großen Mächte mögen sich vor der Konferenz auf eine Teilung Chinas einigen, um auch dieses Problem zu lösen: Nach der Niederlage gegen Japan war das Land der Mitte in einem innenpolitischen Chaos versunken: Dort warf die Intervention fremder Mächte bereits ihre Schatten auf den späteren *Boxerkrieg*.

Für Bertha von Suttner war dieses schon länger im Raum stehende Einschreiten der Großmächte ein *Verbrechen*:

„Gemeinsam mit Henri Durant verfasste sie im August 1897 einen Aufruf »An die Völker im fernen Osten«: »Unsere sogenannte europäische Zivilisation kommt aus dem Orient. Sie sind uns einige Jahrhunderte voraus. Vor allem müssen wir erkennen und mit tiefer Traurigkeit eingestehen, daß unsere Ahnen jahrhundertlang sich allzu oft Ihnen gegenüber, wie Barbaren benommen haben“ (Hamann, S. 165).

Die Vorstellung Frieds führte nun zu einer heftigen Reaktion Berthas:

„»Wenn er aber Europa vereinen will, um Raubpolitik in Asien und Afrika zu vertreten, so bin ich dagegen. Auch die Kolonisierung muß auf das ethische Gebiet hinübergebracht werden, sonst sind wir mit uns selber in Widerspruch [. . .] Auch für Kolonial-Streitigkeiten müßten unsere Prinzipien gelten. Verteidigung gegen wilde Völker, allerdings, aber hingehen und ausrotten, unter dem Vorwand Absatzgebietgewinnung – das ist dieselbe Barbarei, die wir bekämpfen«“ (Hamann, S. 165, Schreiben an Fried vom 15.11.1898).

Nach diesen Querelen blickte die Öffentlichkeit, insbesondere aber die Friedensaktivisten gespannt nach Den Haag. Bertha von Suttner stand wie immer vor einem finanziellen Problem, aber wie zumeist fand sie einen Geldgeber. Diesmal wurde sie von Theodor Herzl als Berichterstatterin für dessen neu gegründetes zionistisches Blatt *Die Welt* engagiert.

Am 18. Mai 1899 wurde die Friedenskonferenz von Nikolaus II. eröffnet; als einzige Frau war Bertha zugelassen:

„Schwärmerisch schrieb sie: »Friedenskonferenz: Zehn Jahre lang war das Wort und die Sache verlacht worden; ihre Teilnehmer, machtlose Privatleute, galten als Utopisten und Schwärmer; jetzt aber versammelten sich, auf den Ruf des mächtigsten Kriegsherrn der Erde, die Abgesandten aller Machthaber, und ihre Versammlung führte denselben Namen: Friedenskonferenz«“ (Hamann, S. 166, Rekurs auf: Haager Friedenskonferenz, S. 14f.).

Bei aller Euphorie war ihr bewußt, daß nicht nur „Friedensfreunde“ an der Konferenz, die bis 26. Juni 1899 tagte, teilnehmen würden. Neben den europäischen Staaten waren dies, die USA, Mexiko, China, Japan und Siam. Auf der Konferenz wurde in drei Kommissionen getagt: Abrüstung, Regelung des Kriegsrechts und Schiedsgericht. Allerdings war die Presse bei den Verhandlungen nicht zugelassen (Hamann, S. 167).

Literatur

Brigitte Hamann: Bertha von Suttner: Kämpferin für Frieden, Bildauswahl und Redaktion von Brigitte Hamann, Wien 2013.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Preußen zwischen Österreich und Rußland

Teil 5

Im Laufe des 2. Nordischen Krieges, der auch von Historikern wegen der Vielzahl der beteiligten Staaten als „Weltkrieg“ (Rhoden, S. 12) eingeordnet wird, hat Peter der Große sich auf Kosten Schwedens zur europäischen Großmacht aufgeschwungen.

Noch Anfang des 18. Jahrhunderts waren die einzelnen europäischen Staaten „noch nicht fest aufeinander bezogen“ (Rhode, S. 12), oder wie es heute heißen würde ‚vernetzt‘. Durch die Teilnahme Rußlands am Polnischen Thronfolgekrieg (siehe unseren März-Kurier), am Österreichischen Erbfolgekrieg und am Siebenjährigen Krieg trat es auch verstärkt als Militärmacht in Mittel- und Südeuropa in Erscheinung.

Fortsetzung auf S. 13

Fortsetzung von S. 12

Entsprechend fand ein Umdenken in den internationalen Beziehungen statt: Die Kabinette, die Regierungen der europäischen Staaten mußten dem neuen Umstand Rechnung tragen und ihr Gesandtschaftswesen anpassen. Auch wenn z. B. die französische Politik immer wieder bemüht war, den mitteleuropäischen Raum mit Hilfe der

„Randwelt einzukreisen, indem sie dem Kaiser bald die Türken im Rücken, bald die Schweden oder Polen in die Flanke hetzte. Aber die Beziehungen dieser Randvölker zur gesamten europäischen Politik blieben lose, so daß man eigentlich von zwei Staatensystemen sprechen muß, die sich zwar mehrfach bemühten, die sich zwar mehrfach berührten aber immer wieder die Tendenz haben, ihre eigene Wege zu gehen“ (Rhoden, S. 13).

Diese französische Diplomatie hat sich später bei England und danach bei den USA perfektioniert und zu einer Konstante ihrer Europapolitik gemacht: Der mitteleuropäische Staatenblock wird durch die Flügelmächte Frankreich und dem zaristischen Rußland, später der Sowjetunion im Prinzip, Blockaden und Sanktionen eingeschlossen, abgeschnürt. Nichts anderes geschieht nun im eurasischen Raum mit dem schlimmen Buben: Der Russischen Föderation.

Für das 18. Jahrhundert kann man zudem bemerken,

„daß die europäische Politik mit dem Aufstieg Rußlands zur Großmacht in eine neue Phase tritt. Denn bis dahin hatte sich die hohe Politik im Rahmen der germanischen-romanischen Kulturwelt abgespielt, die zur »civitas Dei« auszugestalten einst das Bestreben des mittelalterlichen Kaisertums gewesen war. Seit der Reformation zerfiel diese Welt allerdings in eine katholische und eine protestantische Hälfte [. . .] Mit Rußland hingegen erschien jetzt erstmalig eine Großmacht auf dem Plan, deren Christentum nicht von Rom, sondern von Byzanz stammte, eine Macht, deren asiatische Züge durch die dicken Schichten europäischer Schminke, die der Zarismus seit Peter dem Großen dem Gesicht des russischen Volkes auflegte nicht wirklich verändert wurde. Indem eine solche Macht [. . .] ihre Hand nicht nur nach dem Balkan, sondern auch nach der Ostseeküste ausstreckte, entstand eine neue politische Situation und eine neue diplomatische Problematik“ (Rhoden, S. 13f.).

Der heutige Krieg um die Ukraine zeigt, daß, auch wenn deren Mehrheit dem orthodoxen Ritus huldigt, sich nach der Implosion des Sowjetreiches an dieser Wahrnehmung nicht viel geändert hat.

Zurück in die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts: Durch das russische Vordringen in das Baltikum war der deutsche Nordosten gefährdet. Dieses konnte der deutsche Kaiser allein nicht mehr verhindern: Nur mit Hilfe der Seemächte – England und den Niederlanden – konnte sich der Kaiser gegen den Zangengriff Frankreichs und des Osmanischen Reiches behaupten. Das österreichische Vordringen in die Donautiefebene mußte allerdings mit Verlusten im Westen – Lothringen und Teile Italiens – bezahlt werden.

Der Historiker Peter Richard Rohden folgert realpolitisch:

„Sollte der deutsche Nordosten dem Zugriff des Zarismus nicht schutzlos offen stehen, dann mußte in diesem Raum eine neue deutsche Großmacht entstehen in Gestalt des preußischen Staates, von dem man auf Grund der Erfahrung des Nordischen Krieges sagen kann: Wenn Preußen nicht schon existierte, hätte man es erfinden müssen“ (S. 14).

Der Aufstieg Preußens zu einer Großmacht mußte aber das innere Machtgefüge des Römischen Reiches Deutscher Nation auf eine harte Probe stellen. Der später Hauptakteur selber, König Friedrich II. von Preußen, hat sich ernst Gedanken hierüber gemacht: In dem sogenannten Natzmer-Brief kommt er zum Schluß, daß Preußens „Rolle als Schutzherr des deutschen Nordostens“ auch dadurch zu bewerkstelligen wäre, daß es sich durch den Erwerb Westpreußens, Schwedisch-Pommerns und Mecklenburgs aus einem »Königreich der Grenzen« in ein gut arrondiertes Staatswesen verwandle, dessen geschichtliche Aufgabe darin bestand, dem Slawentum das baltische Erbe des deutschen Ordens abzugewinnen“ (Rhoden, S. 14f.).

Daß der Reichdualismus zwischen Habsburg und Hohenzollern hiermit aufbrach, lag insbesondere am Hochmut des Kaisers, der im Polnischen Thronfolgekrieg das Angebot die gesamte preußische Kriegsmacht gegen die Abtretung von Berg und Jülich – um die es schon ein politische Tauziehen vor dem Dreißigjährigen Krieg gab – aufzubieten, ablehnte. Dagegen nahm der Kaiser die russische Militärhilfe an.

Dies vor Augen löste Friedrich II. durch die Besetzung Schlesiens, das er als Kompensation für die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion von Österreich verlangte aber abgewiesen wurde, den Österreichischen Erbfolgekrieg aus. Diesem folgte der Zweite Schlesische Krieg, dem nach einem kurzen Intermezzo 1756 der Dritte Schlesische Krieg folgte, der sich unter dem bekannteren Namen *Siebenjähriger Krieg* zu einem Weltbrand entwickelte.

Literatur

Peter Richard Rohden: Die klassische Diplomatie. Von Kaunitz bis Metternich, NA hrsg. von: Eberhard Kessel, Stuttgart 1972;

Fortsetzung folgt.

Herbert Karl

Die Reichsgründung 1871: Der Südbund zwischen Frankreich und Preußen

Teil 18

Die zwischen dem preußischen Botschafter von der Goltz und Napoleon III. ausgehandelte Vereinbarung vom 14. Juli 1866 war ein Kompromiß; beide Elemente, „der dem französischen Interesse entsprechende Südbundvorbehalt und der eine Überwindung der Mainlinie fordernde und ermöglichende Satz über die »liens nationaux«“ (Wilhelm, S. 13) wurden in die Präliminarien und in den Prager Frieden eingebunden. – Damit waren diese Vorgaben *vertraglich stipuliert*, für beide Seiten verbindlich; allerdings war von Kompensationen Seitens Preußens *keine Rede*: Eigentlich war der Südbund die Kompensation.

Dies konnte die preußische Diplomatie allerdings *nicht* ohne weiteres den Süddeutschen so offen zugeben. Daher war die süddeutsche Politik gefragt, sich gegen diese Bestimmung hinwegzusetzen: Preußen waren dahingehend die Hände gebunden. Entsprechend aufgeregt reagierte man in Paris, als die vermuteten Allianzverträge Preußens mit den Südstaaten im März 1867 öffentlich wurden, denn nun kam die Regierung Napoleons in Zugzwang, denn die Kompensation hatte sich *verselbständigt*.

Der französischen Tradition verhaftet, war das außenpolitische Ziel Napoleons III. eine *Konjunktur* zu schaffen, um Österreich und Preußen zu entzweien und *dadurch* den Deutschen Bund zu zerreißen. Dieses permanente und offensichtliche französische Einmischen zeigte die Labilität und Verwundbarkeit des Deutschen Bundes im Inneren und dessen Schwäche nach Außen.

Zu den Verhandlungen mit den deutschen Staaten, dem Ausland, kam für Bismarck noch die Problematik der Indemnitätsvorlage der Finanzverwaltung hinzu, aber auch hier gelang es ihm, die Karte der *nationalen Euphorie* zu spielen und sich hiermit ein Problem vom Halse zu schaffen.

Alarmierende Meldungen brachten die süddeutschen Zeitungen um den 16. September 1866 herum: Laut dem französischen *Moniteur*, der wiederum die *Times* als Quelle angab, glaubte man im Ankauf von Pferden und Salpeter Zeichen kriegerische Absichten Frankreichs zu entdecken. Solche Meldungen waren dazu angetan, die beabsichtigte Anlehnung an den Nordbund propagandistisch zu untermauern. Und doch wurde andererseits ein Schreiben (14. September 1866) des französischen Interimsministers, Lavalette, als „Durchbruch des Friedensgedankens“ interpretiert (Pforzheimer Beobachter vom 20. September 1866, S. 1).

Konfus konnte dann das permanente Fordern von Kompensationen seitens der französischen Führung wirken. Daß es dieser allerdings mit diesen Forderungen ernst war, geht aus deren Konkretisierung hervor: Die Grenzen von 1814, also Landau oder Luxemburg und Belgien wurden für das Stillhalten im Deutschen Krieg gefordert. Dieses Beharren der französischen Politik auf Kompensationen durch deutsches Territorium, trotz deren *deutlichen* Ablehnung durch den preußischen König, führte in den Südstaaten, insbesondere aber in dem Grenzland Baden zu einer Trotzreaktion: Einerseits lehnte man hier jedes Südbundmodell ab und versuchte andererseits, wie erwähnt, die Aufnahme in den Nordbund: Nach dem Sieg Preußens in Böhmen war innerhalb des neuen Kabinetts Mathys das offene Eintreten für die verkleinerte Trias, den Südbund, allenfalls in Nuancen erkennbar.

Die liberale Presse, so der *Pforzheimer Beobachter* vom 16. August 1866, wies darauf hin, daß eben

„sich in Süddeutschland die Kundgebungen für Verbindung mit dem Norden durch Zollverein und Parlament [mehr], und diesen Wünschen kann die preußische Regierung nichts entgegenstellen, als die Hinweisung auf das napoleonische Programm, welches für den Fall der Einigung des gesammten außerösterreichischen Deutschlands unter Preußens Führung die Nothwendigkeit von Entschädigungen für Frankreich betont hat. Wollte Napoleon Preußen auch jenseits der Mainlinie nicht frei gewähren lassen, so würde er die preußische Regierung von jener Rücksicht entbinden und die bedenklichste Seite der neuen Gestaltung Deutschlands: den süddeutschen Staatenbund, beseitigen.“

Dieser Beitrag im *preußenfreundlichen* Blatt ist eine unverhohlene Warnung an den westlichen Nachbarn: Er weist einerseits offen auf das vermeintliche Recht Preußens hin, die Einheit Deutschlands voranzutreiben, andererseits die Zerschlagung eines Südbundes vorzunehmen.

Bild: Deutschland nach 1866 (Historischer Weltatlas, 1997, S. 93).

Fortsetzung auf S. 15



92

Mitteleuropa 1815 bis 1866

Schon kurz darauf, am 2. September 1866, klangen die Nachrichten im Pforzheimer Blatt aus Frankreich wieder friedlicher. Die Franzosen schienen sich mit dem Unvermeidlichen abgefunden zu haben:

„Das Journal des Debats bringt wieder einen Artikel seines Diplomaten, nach dessen Ansicht auch Süddeutschland bald in den preußischen Zauberkreis eintreten wird. Auch höre man von einem geheimen Artikel des Friedensvertrages, wodurch die südlichen Staaten sich im Kriegsfall zu einem Bündnis mit Preußen und zur Annahme des preußischen Oberbefehls verpflichten.“

Dieses französische Säbelrasseln einerseits und die Beschwichtigungen andererseits könnte als eine *diplomatische Diversion* gewertet werden. Zudem beweist das Zitat, daß ein französisches Journal offensichtlich besser als die Diplomatie über die Allianzverträge der süddeutschen Staaten mit Preußen unterrichtet war und daß das Erstaunen der Pariser Führung über deren Existenz im Zuge der Luxemburgkrise etwas künstlich ausfiel.

Die Position Bayerns erläuterte Graf Tauffkirchen am 23. März 1867 Gelzer, dem ebenfalls in Berlin weilenden Staatsrat und Sondereißen Friedrichs von Baden:

„1. Antrag von Bayern, Württemberg, Baden und Südhessen an den Norddeutschen Bund auf Begründung eines dem früheren Deutschen Bunde nachgebildeten Staatenbundes mit Ausschluß Österreichs. 2. Bundesakte von 1815 der veränderten Lage gemäß (Präsidium Preußen; Zollverein) zu modifizieren. 3. Allianz mit Österreich. 4. Ausbau zum Bundesstaate mit parlamentarischer Verfassung vorzubehalten“ (Oncken: Friedrich, Nr. 273: Gelzer an Friedrich am 24. März 1867, S. 81).

Diese Mission des engsten Vertrauten Hohenlohes, Tauffkirchen, die ihn mit dem Plazet Bismarcks nach Wien führte, ist in der Forschung relativ gut ausgearbeitet, denn die meisten Protagonisten: Bismarck, Großherzog Friedrich und von Beust haben umfangreiche Memoiren und Briefe hinterlassen. Daß dessen Mission allerdings scheiterte, lag wie bei *allen* Südbundmodellen zum Großteil beim badischen Großherzog.

1867 wurde das Jahr der verdeckten und offenen Umwerbung Napoleons der vier süddeutschen Staaten. Die Erneuerung und Ausweitung des Zollvereins mit dem erwähnten Zollparlament für die außerösterreichischen Gebiete durch Bismarck lösten in Paris eine diplomatische Offensive aus. Bedingt war diese durch den Abschluß des mexikanischen Abenteuers aber insbesondere durch die Bewältigung der Luxemburgkrise. Diese, für Frankreich etwas unbefriedigend gelaufen, gab der Pariser Regierung die Möglichkeit, sich nun voll auf den *süddeutschen* Raum konzentrieren zu können.

Die Ankündigung des Königs der Niederlande, das Großherzogtum Luxemburg an Napoleon zu verkaufen, ließ in der *nationalliberalen Presse* Badens die nationalen Wogen erneut hochschlagen. Das ging so weit, daß im *Pforzheimer Beobachter* (11. April 1867) gefordert wurde, sich letztlich auch die Niederlande – einschließlich Luxemburgs –, da es im Grunde (entsprechend dem seltsamen Konstrukt des Deutschen Bundes aus der Zeit des Wiener Kongresses) deutsche Gebiete wären, *einzuverleiben*. Die Zeitung geht sogar so weit, Belgien mit Frankreich und die Niederlande mit Preußen zu vereinigen, denn damit würden beide Großmächte mit der Aufkündigung des die belgisch-niederländischen Frage regelnden Vertrag von 1839 das ganze Problem aus der Welt schaffen. – Allerdings hätte England hier nicht tatenlos zusehen.

Die Frankreich kompromittierenden Unterlagen wurden von mecklenburgischen Soldaten im Oktober 1870 in Cerçay erbeutet; kompromittiert wäre aber vor allem der österreichische Außenminister, von Beust, gewesen: Die Verhandlungen über den österreichisch-französischen Geheimvertrag vom Juni kamen hier ans Tageslicht (Mommsen, S. 194). Allerdings scheinen die aufgefundenen Unterlagen keine neuen Erkenntnisse über die Beziehungen von Beusts zu Frankreich und den Süddeutschen gebracht zu haben.

Im Verein mit Frankreich bezweckte Beust seinen noch vorhandenen Einfluß auf die Süddeutschen geltend zu machen und einen Südbund auszubauen. Bismarck hatte sich *anfangs* diesem Projekt auch nicht entgegengestellt. Er gab aber der badischen Regierung „gelegentlich den Rat, einen Südbund keinesfalls ohne die Schaffung eines entsprechenden Gesamtparlaments“ auf der Basis des *allgemeinen und gleichen* Wahlrechts nicht zuzustimmen (Mommsen, S. 194): Er war davon überzeugt, daß daran das ganze Südbundkonzept scheitern würde.

Das Konzept von Beusts, eines Dualismus – einerseits der Norddeutsche Bund und andererseits der „unter der Schirmherrschaft Österreichs und mit der stillschweigenden Duldung Frankreichs“ sanktionierte Südbund –, hatte in den Jahren 1867 und 1868 durchaus reale Chancen (Mommsen, S. 194).

Allerdings wäre ein solcher politisch als *Protektorat* Frankreichs oder Österreichs überlebensfähig gewesen; zudem hätte die Initiative hierzu aus Süddeutschland selbst kommen müssen. Bismarck bezeichnete den Südbund, diese „Konstruktion“, gelegentlich auch „als »Chef d’œuvre«“, „Meisterwerk“ (Mommsen, S. 194). Diese Konstruktionspläne nahm Beust zum Anlaß, nicht nur mit Frankreich im August 1867 in Salzburg, sondern auch mit Italien über einen *militär-politischen* Bund in Verhandlungen zu treten.

Fazit: In der *Genesis des deutsch-französischen Krieges* spielte die Südbundfrage schon eine bedeutende Rolle. Abgesehen davon, daß sich bedeutende Historiker wie Josef Becker, Eberhard Kolb und Jochen Dittrich mit der Frage des Kriegsausbruch und intensiv beschäftigten, ist es auch fast unumstritten, daß Bismarck gerade mit der sich zu Ungunsten Preußens wendenden Stimmung in Süddeutschland die erste Gelegenheit zum Zuschlagen gegen Frankreich ergriff. Zu seiner Entlastung kann man vorbringen: Es hat sich in der deutschen und französischen Öffentlichkeit sowie in den europäischen Kabinetten, dies geht aus dem Großteil der uns vorliegenden Dokumenten hervor, die Meinung durchgesetzt, daß die Lösung der (süd)deutschen Frage nur noch auf dem Schlachtfeld zu lösen wäre.

Mit der Errichtung des Norddeutschen Bundes eröffnete der Prager Frieden den vier süddeutschen Ländern die Möglichkeit, sich zu einem gesonderten Südbund zu vereinigen: Ihre „internationale unabhängige Existenz war von den beteiligten Mächten (und im Grunde von Europa) garantiert. Das war ein »Anschluß«-verbot“ schreibt Nipperdey (S. 34). Daß der Südbund aber bereits aufgegeben wurde, wie er weiter ausführt, entspricht nicht ganz den Tatsachen; daß ein solcher Bund aber auch *nicht* in Bismarcks Pläne paßte, ist zuzustimmen.

Nipperdey (S. 34) zieht zu einem süddeutschen Bund Bilanz :

„Der Süden, das dritte Deutschland, hätte aus der Perspektive der europäischen Mächte wie der der Anti-Borussen, Partikularisten und Föderalisten durchaus Gewicht haben, eine selbständige Existenz auf Dauer erringen können, in losem Verbund mit dem Norden. Die sicherheitspolitische und die wirtschaftliche Lage hingegen zwangen zu einem Arrangement mit dem Norden und ebenso die innenpolitisch notwendige Rücksicht auf die nationale Bewegung im Süden, auch wenn sie, wie in Württemberg und Bayern, nicht die Mehrheit ausmachte. Jedes Arrangement mit dem Norden war labil und enthielt eine innere Dynamik, die auf mehr Angleichung, wenn nicht gar »Anschluß« tendierte, ein definitiv konsolidiertes Arrangement der beiden Staatengruppen ist schwer vorstellbar. Dazu kam, entscheidend, daß »der Süden« keine Einheit darstellte und über keine anerkannte Führung verfügte, er war nicht geschlossen, nicht handlungsfähig.“

Literatur

Mommsen, Wolfgang J.: Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890, Berlin 1993;

Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992;

Hermann Oncken: Napoleon III. und der Rhein. Der Ursprung des Krieges von 1870/71, Berlin; Leipzig 1926;

Rolf Wilhelm: Das Verhältnis der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund (1867–1870), Husum 1978.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Buchempfehlung

Adam Zirk: Eine Jugend im Gulag: Von der Deportation in die Strafgefängenschaft

Zum Inhalt:

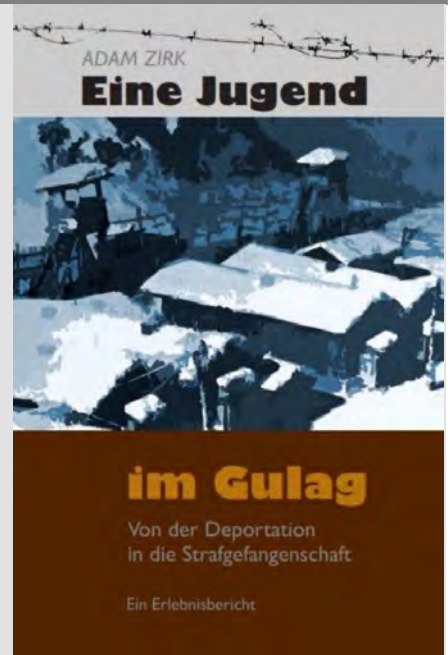
1945. Nitzkydorf - ein kleines Dorf im heutigen Rumänien. Der junge Adam Zirk hat gerade seine Schule in Temeswar abgeschlossen. Russische Soldaten kommen in das Dorf und suchen systematisch nach allen Deutschstämmigen Männern und Frauen. Sie sollen für die Kriegsschäden, die die deutsche Wehrmacht in Russland angerichtet hat, bezahlen und dafür sog. ‚Aufbauarbeit‘ in verschiedenen russischen Lagern leisten.

Ein sechsjähriger Alptraum beginnt, den die wenigsten der Deportierten überleben werden.

Adam Zirk erzählt in seinem Erlebnisbericht über den Alltag, das Leben und Sterben in den russischen Gulags und von seinem Glück, eines Tages wieder in seine Heimat zurückkehren zu können.

Autor:

Adam Zirk wurde 1925 in Nitzkydorf im heutigen Rumänien geboren. Mit 19 Jahren wurde er mit vielen anderen Männern und Frauen aus seinem Dorf zur sog. Aufbauarbeit in den russischen Gulag verschleppt. Unter unbeschreiblichen Bedingungen hat er als einer der Wenigen 6 Jahre Tortur überlebt und konnte nach Rumänien zurückkehren. In seinem Heimatort wurde er Lehrer und Schulleiter. 1983 ist er nach Biberach an der Riss umgesiedelt.



Taschenbuch, 128 Seiten, 12,5 x 19 cm, 8,99 EUR
ISBN: 978-3-7549-8397-3

[Rainer Zitelmann](#)

Der Aufstieg des Drachen und des weißen Adlers

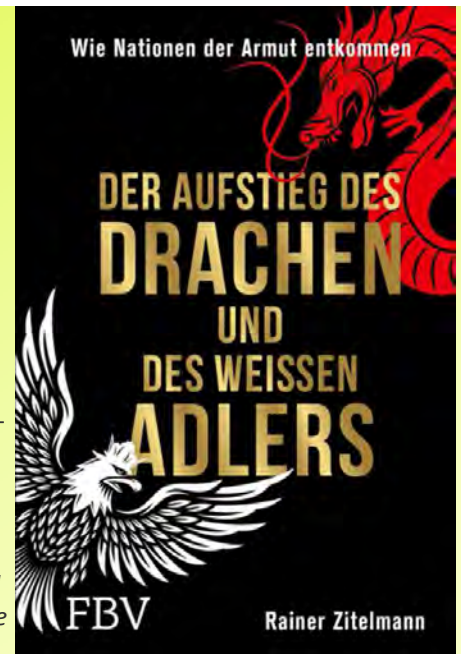
Beschreibung

Nach 50 Jahren Entwicklungshilfe ist klar: Dieses Konzept im Kampf gegen die Armut ist gescheitert. Aber was hilft? Rainer Zitelmann zeigt am Beispiel von Vietnam und Polen, wie Nationen der Armut entkommen. Beide Länder waren Opfer verheerender Kriege, bei denen Millionen Menschen starben; in beiden Ländern wurden sozialistische Planwirtschaften errichtet, die das zerstörten, was der Krieg noch nicht zerstört hatte: Vietnam war eines der ärmsten Länder der Welt und Polen eines der ärmsten Länder Europas. Zitelmann schildert in dem spannenden Buch mit vielen überraschenden Details, wie Vietnam und Polen durch Wirtschaftsreformen den Kampf gegen die Armut gewannen und den Lebensstandard der Menschen sensationell verbesserten – und was andere Volkswirtschaften daraus lernen können.

Dr. Dr. Rainer Zitelmann ist Historiker und Soziologe. Er hat 26 Bücher geschrieben und herausgegeben, viele davon sind internationale Bestseller. Sein Buch »Setze dir größere Ziele!« erschien bisher in acht Auflagen und elf Sprachen. Bekannt wurde er durch zahlreiche Fernsehauftritte, Medienberichte und seine Vorträge in Europa, Asien und den USA. Er schreibt regelmäßig für »FOCUS«, »DIE WELT«, »Neue Zürcher Zeitung« und zahlreiche weitere Medien in USA, Großbritannien, Italien, Spanien, Frankreich, Schweden, China und Vietnam.

Bibliographische Angaben und Empfehlung einer Leseprobe:

<https://if-buchdienst.de/Neuheiten/Der-Aufstieg-des-Drachen-und-des-weissen-Adlers.html>



Buchvorstellungen in Innsbruck und Linz:

Helmut Golowitsch: AN DER SEITE DES VOLKES Südtiroler Geistliche unter dem Faschismus 1918 – 1939

Mit Vorworten des Landeskuraten des Südtiroler Schützenbundes, P. Christoph Waldner OT und des Kapitular-Kanonikus DD. Johann Enichlmayr

Im Südtiroler [EFFEKT! Verlag](#) in Neumarkt ist ein neues Buch erschienen, welches ein bislang weitgehend unerforschtes Kapitel der Südtiroler Landesgeschichte offenbart.

Dem geplanten Untergang der deutschen und der ladinischen Volksgruppe und ihrer Kultur stellten sich in der Faschistenzeit die Priester in Südtirol mutig entgegen und nahmen dafür manche Verfolgung auf sich. Sie verteidigten und bewahrten den Gebrauch der unterdrückten deutschen Sprache in den Kindergärten, im Schul- und Religionsunterricht und im öffentlichen Leben. An ihnen und dem von ihnen unterstützten geheimen „Katakombenunterricht“ scheiterte der staatlich geplante Ethnozid, der kulturelle Volksmord.

Buchinformation:

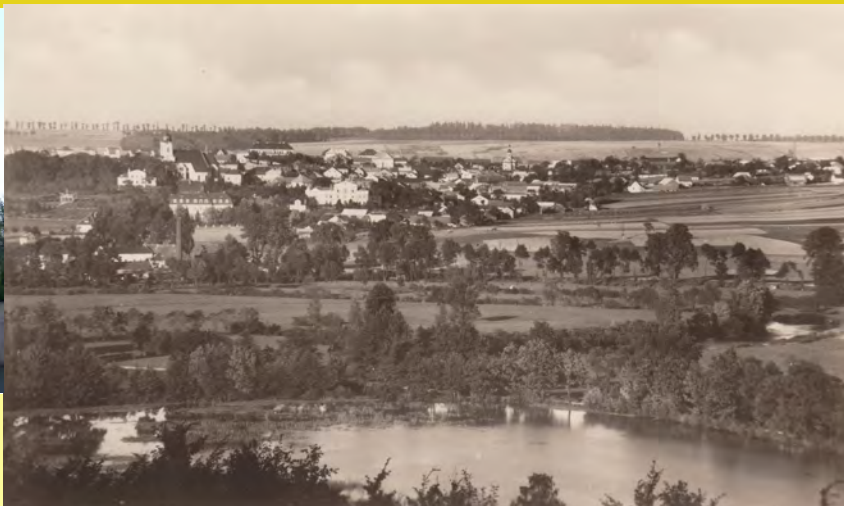
EFFEKT! Verlag Neumarkt
ISBN 978-88-97053-95-8
474 Seiten, reich bebildert
Ab EURO 28,90

<https://effekt-shop.it/shop/buecher/an-der-seite-des-volkes/>

Quelle und Bild:

<https://suedtirol-info.at/an-der-seite-des-volkes/>





Spendenaufuf

Bitte spenden Sie für die deutsche Minderheit in Tschechien - für die Bewahrung der deutschen Kultur und Identität

Die "Gemeinschaft schlesisch-deutscher Freunde des Hultschiner Ländchens in Hultschin e. V." unterhält ein Begegnungszentrum im Zentrum der Stadt. Dort betreibt die Gemeinschaft auch den deutschsprachigen Radiosender "HalleRadio" Hultschin, der rund um die Uhr in deutscher und tschechischer Sprache sendet, geführt von Jugendlichen der Minderheit: www.halleoradiohultschin.cz

Die Leiterin des Begegnungszentrums Marie Roncka bemüht sich sehr, den Kindern und Jugendlichen die deutsche Sprache nahezubringen, etwa über Sprachkurse aller Altersgruppen, Zeltlager und Wettbewerbe in der deutschen Sprache und die „Deutschen Kulturtag“. Ein Ziel ist eine deutsch-tschechische Grundschule.

Für alle Aktivitäten der schlesisch-deutschen Freunde im Raum Hultschin bittet die Organisation um Spenden von Menschen aus Deutschland, denen die Bewahrung der schlesisch-deutschen Identität in Hultschin ebenfalls ein Anliegen ist.

Historischer Hintergrund: Die Stadt Hultschin wurde im Zuge der deutschen Besiedlung um 1250 gegründet. Das Hultschiner Ländchen war zunächst ein deutscher Teil Schlesiens und wurde vor 100 Jahren der Tschechoslowakei zugeschlagen. Nach dem Münchner Abkommen 1938 wurde das Hultschiner Ländchen Teil des Deutschen Reiches – Kreis Ratibor, Bezirk Oppeln, bis das Gebiet 1945 erneut an die Tschechoslowakei ging. Aus diesen historischen Gründen leben dort ca. 43 000 Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Der Verein VAdM ist im Kontakt mit der „Gemeinschaft schlesisch-deutscher Freunde im Hultschiner Ländchen“.

Spendenkonto des VAdM:.
BANKVERBINDUNG Sparkasse Pforzheim-Calw
IBAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
BIC: PZHSDE66XXX
Verwendungszweck: Deutschunterricht Hultschin

Bild unten: Hultschiner auf dem Sudetentag (Regensburg 2023)

Martina Kempf



Eine Ausgefallenheit europäischer Geschichte: Das Hultschiner Ländchen

Das sogenannte Hultschiner Ländchen ist erst seit knapp über hundert Jahren ein politischer Begriff. Die Landschaft um die Stadt Hultschin herum lag seinerzeit (1920) am Schnittpunkt dreier Staaten: Polens, der Tschechoslowakei und des Deutschen Reiches.

Im Versailler Vertrag wurde für Oberschlesien eine Volksabstimmung über den Verbleib beim Deutschen Reich oder die Zugehörigkeit zu Polen beschlossen. Da auch die neu geschaffene Tschechoslowakei Ansprüche auf einen Teil Oberschlesiens (die Gebiete um die Städte Ziegenhals, Leobschütz, Rybnik und Ratibor stellte, wurde in Paris einfach ein Teil Oberschlesiens, die Stadt Hultschin und Umgebung – wohlbemerkt: ohne Volksabstimmung – vom Reich einfach abgetrennt und den Tschechen zugesprochen.

Dabei wurde das von den Alliierten versprochene Selbstbestimmungsrecht auch hier sehr *selektiv*, d.h. zuungunsten des Verlierers angewendet. Nachdem die tschechoslowakische Armee ins Hultschiner Ländchen einmarschierte, wurde diese politische Eigenart am 4. Februar 1920 aus der Taufe gehoben.

Nach der Besetzung der Tschechoslowakei wurde das Gebiet 1938 wieder Preußen angeschlossen. Nachdem 1945 auch dieses Geschichte werden mußte, kam das Hultschiner Ländchen erneut an die Tschechoslowakei. In der Nachkriegszeit wurde die deutsche Minderheit *nicht* wie im Rest des Landes vertrieben: Dies erklärt auch, daß es im Hultschiner Ländchen keine verschwundene Ortschaften und keine leerstehende Häuser wie in Böhmen gibt.

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
 0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:
 0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
 Martina Kempf
 Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
 Grösselbergstr. 7
 75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw
 IBAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de